



Antrag

der Fraktionen von SSW, CDU und FDP

Optionskommunen sichern und erweitern Neuordnung der ARGEN verfassungsmäßig gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag

- ⇒ appelliert an die Bundesebene, schnellstmöglich eine sachgerechte Lösung zu finden, um sowohl die betroffenen Menschen als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den ARGEN nicht länger im Ungewissen über ihre Zukunft zu lassen,
- ⇒ unterstützt daher die Landesregierung in ihrem Einsatz, eine praktikable und verfassungsrechtlich abgesicherte Fortführung der Jobcenter zu ermöglichen,
- ⇒ fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die bereits bestehenden Optionskommunen entfristet werden und auch weiteren Kommunen die Möglichkeit eröffnet wird, zu optieren.

Flemming Meyer
und Fraktion

Werner Kalinka
und Fraktion

Christopher Vogt
und Fraktion